Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7089**

19. Wahlperiode 16.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/6414 –

Schutz von Weltnaturerbe und Entwicklungsziele in Einklang bringen – Alternativen zum geplanten Bau des Megastaudamms „Stieglers Schlucht“ im tansanischen UNESCO-Weltnaturerbe Selous-Wildreservat suchen

b) zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/5461 –

Alternativen zur Zerstörung des UNESCO-Weltnaturerbes Selous in Tansania aufzeigen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Das Selous Wildreservat in der Vereinigten Republik Tansania ist das größte und älteste kontrollierte Wildschutzgebiet Afrikas, in dem gefährdete Tierarten, wie das Spitzmaulnashorn, leben. Das Reservat ist mit einer Fläche von 54.600 Quadratkilometern größer als die Schweiz und zählt seit 1982 zum UNESCO-Weltnaturerbe.

Die tansanische Regierung plant den Bau eines Staudamms und eines Wasserkraftwerks mitten in diesem Naturreservat, um die immer noch unterdurchschnittliche Energieversorgung der wachsenden Bevölkerung sicherzustellen. Dazu muss an der Stieglers Schlucht ein Gebiet von 1.500 Quadratkilometern gerodet und größtenteils geflutet werden. Für den Bau des Staudamms müssten außerdem vier Millionen Kubikmeter Beton verbaut werden.

Die negativen Auswirkungen eines Projektes dieser Größenordnung wären nach Auffassung der Antragsteller zahlreich. Der Status als UNESCO-Weltnaturerbe würde verloren gehen. Außerdem würde die Vegetation am Unterlauf des Rufiji-Flusses und des Flussdeltas zerstört, was die gesamte Biophysik irreversibel verändern oder zerstören würde. Darüber hinaus wäre der Lebensraum unzähliger Tierarten gefährdet; die natürlichen Wanderrouten von Elefanten würden beispielsweise beeinträchtigt. Schließlich müsse man damit rechnen, dass Tansania mit dem Bau des Staudamms seinen Ruf als Land des naturbasierten Tourismus aufs Spiel setzen würde und die Existenz von 1,3 Millionen Tansaniern, die direkt oder indirekt in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt seien, gefährdet wäre.

Zu Buchstabe b

Das Selous Wildreservat in Tansania ist ein wesentlicher Anziehungspunkt für den Tourismus, der Bereich mit dem größten Devisenanteil. Damit trägt dieses Gebiet signifikant zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Den 57 Millionen Einwohnern Tansanias stehen nur 1.400 Megawatt Elektrizität zur Verfügung. Der Alltag der Wirtschaft ist von Stromausfällen geprägt. Die Regierung Tansanias plant mit dem Bau eines Staudamms im Selous die Elektrizitätsversorgung zu erreichen. Bislang fehlen aber internationale Geldgeber und Finanzierungszusagen, da das Staudamm-Projekt nicht tragfähig zu sein scheint.

Eine Alternative zum Bau des Staudamms wäre nach Auffassung der Antragsteller der Bau eines modernen Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks, denn dieses ließe sich schnell realisieren, zumal in Tansania in den vergangenen Jahren bedeutende Erdgasvorkommen entdeckt worden seien.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/6414 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP und DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5461 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 19/6414 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 19/5461 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2019

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Uwe Kekeritz
Stellv. Vorsitzender

Peter Stein (Rostock)
Berichterstatter

Gabi Weber
Berichterstatterin

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Eva-Maria Schreiber
Berichterstatterin

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Peter Stein (Rostock), Gabi Weber, Markus Frohnmaier, Dr. Christoph Hoffmann, Eva-Maria Schreiber und Ottmar von Holtz

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/6414** in seiner 71. Sitzung am 13.12.2018 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/5461** in seiner 61. Sitzung am 08.11.2018 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen intensiveren Dialog zu führen, um zu verhindern, dass durch kurzfristige Rodungen im Selous Wildreservat nicht mehr rückgängig zu machende Fakten im Hinblick auf die Einstufung als UNSESCO-Weltnaturerbe geschaffen würden. Sie solle sich außerdem dafür einsetzen, dass eine den internationalen Standards entsprechende Umwelt- und Machbarkeitsstudie für das Staudammprojekt durchgeführt werde.

Ferner solle die Bundesregierung die Vereinigte Republik Tansania dabei unterstützen, nachhaltige Lösungen für die Energieversorgung des Landes zu finden, die die vorhandenen Alternativen der Energieerzeugung in den Vordergrund rücken. Eine Weiterentwicklung des Energiesektors mit Instrumenten und Mitteln der deutschen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) solle zudem unter Berücksichtigung von international anerkannten sozialen, ökonomischen und ökologischen Standards vorangetrieben werden.

Die Bundesregierung solle dafür Sorge tragen, dass die von der Weltbank vorgesehenen Mittel in Höhe von 800 Mio. Euro zum Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) in Tansania freigegeben werden. Sie solle eine klare und eindeutige Positionierung zum Erhalt des Weltnaturerbes Selous innerhalb der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedstaaten voranbringen.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, sich verstärkt des zunehmenden Konfliktes zwischen der Bewahrung von Schutzgebieten einerseits und den Interessen verschiedener Entwicklungsziele andererseits anzunehmen, um die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Verzicht auf den Staudamm im Wildreservat Selous zur Bedingung für die Fortführung der deutschen EZ im Bereich der Biodiversität zu machen. Außerdem wird der Einsatz für die vollständige Erhaltung dieses wertvollen und wichtigen Ökosystems gefordert.

Sie solle ferner dafür Sorge tragen, dass die Nutzung des Energieträgers Gas als Übergangstechnologie erörtert wird. Dabei könnten Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die Planung und den Bau eines Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks sowie für den Ausbau von entsprechenden Gasförderstrukturen angeboten werden.

Schließlich solle die Bundesregierung dafür werben, dass die EU und deren Mitgliedstaaten sowie die Weltbank Tansania bei der Finanzierung derartiger Energiemaßnamen unterstützen, damit das Wildreservat Selous erhalten

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

bleiben könne. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, mit deutscher EZ Tansania beim Auf- und Ausbau eines energiepolitisch sinnvollen Mix aus EE zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage 19/6414 in seiner 23. Sitzung am 16.01.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat die Vorlage 19/6414 in seiner 26. Sitzung am 16.01.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD, FDP und DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage 19/6414 in seiner 17. Sitzung am 16.01.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD, FDP und DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat die Vorlage 19/5461 in seiner 26. Sitzung am 16.01.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 19/6414 in seiner 23. Sitzung am 16.01.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP und DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 19/5461 in seiner 23. Sitzung am 16.01.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** macht deutlich, dass man beiden Antragstexten entnehmen könne, wie wichtig das Selous-Wildreservat in Tansania sei. Dieser Park sei sowohl für die Biodiversität als auch für den Tourismus und das Renommee des Landes wichtig. Vor diesem Hintergrund sei es schwierig, keine Bewertung der beabsichtigten Aktivitäten der tansanischen Regierung mit dem Projekt des großen Staudamms abzugeben. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hätten sich umfassend mit der Thematik beschäftigt. Der vorliegende Antrag wolle die tansanische Regierung nicht für nationale eigenständige Entscheidungen pauschal kritisieren, sondern Hilfestellung geben und Alternativen aufzeigen. Deutschland sei mit den verschiedenen Instrumenten der EZ, wie Technologietransfer und Beratungsleistungen, sehr gut geeignet, eine solche Rolle zu übernehmen. Man wolle insbesondere technologisch und ökologisch die besten Methoden anbieten, und dazu zählten in erster Linie EE, mit denen man eine Ertüchtigung und Umstellung der Wirtschaft und so den nächsten Schritt technologischen Fortschritts erreichen könne. Es sei letztlich die nationale Entscheidung der tansanischen Regierung, ob sie auf dieses Angebot eingehen wolle. Wenn man in Tansania das Staudammprojekt hinten anstellen und andere Wege gehen wolle, dann wären die Verhandlungen ergebnisoffen. Welche Technologie stattdessen zur Anwendung komme, ob beispielsweise Gas, Wasserstoff, Sonne oder Wind, müsse man an den Bedarfen Tansanias ausrichten. Dazu gehörten auch Überlegungen, die die Ertüchtigung von alten bestehenden Wasserkraftanlagen umfassen würden. Es sei gut,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

dass die tansanische Regierung die Umweltverträglichkeit noch einmal durch ein Gutachten überprüfen lassen wolle. Man sehe keine gravierenden Unterschiede, von Nuancen angesehen, zum Antrag der Fraktion der FDP und setze deshalb auf einen breiten Konsens bei dem eigenen Antrag.

Die **Fraktion der SPD** unterstreicht, dass man mit dem vorliegenden Antrag keineswegs mit erhobenem Zeigefinger in Richtung Tansania unterwegs sein wolle. Die Fraktion der SPD vertrete vielmehr die Auffassung, dass es auch andere Möglichkeiten gebe, Energie zu generieren. Man könne die Auffassung der tansanischen Regierung verstehen, dass Energieversorgung wesentlich wäre, um eine wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen und Fortschritte zu erzielen. Aber gleichzeitig seien derartige Wildparks für Tansania, wie auch für andere Länder Afrikas, entscheidende Wirtschaftsfaktoren. Diese touristischen Highlights müssten zwingend erhalten bleiben, und das wolle man als Antragsteller unterstützen. Die Fraktion der SPD wolle mit dem vorliegenden Antrag zeigen, dass es andere Möglichkeiten der Energiegewinnung gebe, beispielsweise dezentrale Energien oder EE. In diesem Sinne wolle man mit der tansanischen Regierung im Dialog bleiben. Das spiegle sich in dem vorliegenden Antrag wider. Man hoffe, dass die Kollegen der Fraktion der FDP diesem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zustimmen würden.

Die **Fraktion der FDP** bestätigt, dass man einen ähnlichen Antrag zu dem Thema Selous vorgelegt habe. Es gehe bei diesem Wildreservat um ein UNESCO-Weltnaturerbe mit sehr viel Wald, der zerstört werden solle. Das könne man nicht unwidersprochen akzeptieren. Deutschland hätte diesen Nationalpark in der Vergangenheit finanziell unterstützt, und nun nehme man dessen weitgehende Zerstörung kommentarlos hin. Das sei für die Fraktion der FDP nicht hinnehmbar. Nach ihrer Auffassung könne ohnehin nur eine pragmatische, operativ umsetzbare Lösung noch eine Änderung bringen, denn die Regierung in Tansania sei sehr entschlossen, den Staudamm zu bauen. Es seien teilweise bereits Verträge über die Rodung von 3,5 Mio. Kubikmeter Holz unterzeichnet worden. Die Regierungsfraktionen der CDU/CSU und SPD hätten sich erst sehr spät mit dem Thema beschäftigt, und nun sei das Zeitfenster, um zu handeln, äußerst klein. Man müsse jetzt eine operative Lösung präsentieren, denn der tansanische Präsident fordere zurecht, dass die Elektrifizierung seines Landes vorankommen müsse, um eine wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen und um den Wohlstand der eigenen Bevölkerung anzuheben. Aus Sicht der Fraktion der FDP gebe es keine schnellere Lösung als den Aufbau einer Gasturbine, was innerhalb von zwei Jahren geschehen könne. Dann könnte der tansanische Präsident das Ziel einer Elektrifizierung seines Landes schnell erreichen. Deshalb habe man den konkreten Vorschlag in den eigenen Antrag eingebaut. Im Antrag der CDU/CSU und SPD seien lediglich Appelle zu finden. Man setze mit dem eigenen Antrag ebenfalls auf eine breite Mehrheit.

Die **Fraktion der AfD** führt aus, dass in Tansania nach Angaben der Vereinten Nationen (VN) lediglich zwei Prozent der Landbewohner und 39 Prozent in den Städten Strom hätten. Der Präsident sei mit dem Versprechen, den Damm zu bauen, in die Präsidentschaftswahlen in 2015 gestartet. Es sei der Fraktion der AfD wichtig, festzustellen, dass Tansania ein souveräner Staat sei und man von außen nicht in die nationalen Interessen eingreifen solle. Das geschehe jedoch im Antrag der FDP, denn dort finde sich eine Konditionierung mit Streichung und Reduzierung der EZ für den Fall, dass der Staudamm gebaut würde. Bei ihren eigenen Anträgen seien solche Verbindungen in der Vergangenheit mit der Begründung abgelehnt worden, dass ansonsten die Gesamtentwicklung des Landes beschädigt werde. Zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sollten anstelle des Staudamms alternative Energien zum Einsatz kommen. Wenn damit Windkraft und ähnliches gemeint sei, stelle sich die Frage, ob es mit der Natur verträglich sei, wenn überall Windkrafträder stehen würden, denn das störe auch das Bild einer unberührten Natur. Die Fraktion der AfD werde sich bei dem Antrag der CDU/CSU und SPD enthalten, denn man könne positiv hervorheben, dass hier zurückhaltender agiert werde. Beim Antrag der Fraktion der FDP werde mit der Streichung der EZ gedroht, weil hier ein Staat mit einem demokratisch gewählten Präsidenten eigene Vorhaben souverän umsetzen wolle. Dennoch werde man sich enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass beide Anträge Ziele, wie den Schutz der Biodiversität, der Artenvielfalt, des regionales Klimas und die Absicherung des Tourismus, verfolgten, die man teile. Gleichzeitig wolle man die tansanische Regierung dabei unterstützen, die Energieversorgung des Landes zu verbessern, was die Fraktion DIE LINKE. ebenfalls unterstütze. Man werde dennoch beiden Anträgen nicht zustimmen. Es fehle nämlich die Benennung des kolonialen Hintergrundes. Die Maßnahmen Deutschlands beim Maji-Maji-Aufstand in den Jahren 1905 bis 1907 hätten erst dazu geführt, dass das Gebiet menschenleer geworden sei, so dass erst danach dieser Wildpark hätte entstehen können. Das werde in beiden Anträgen nicht erwähnt, obwohl es sicherlich ein Grund gewesen sei, warum man dort so viel Geld investiert habe. Es sei im Übrigen durchaus legitim, wenn die tansanische Regierung die Energieversorgung durch die öffentliche Hand sicherstellen wolle. Im Antrag der Fraktionen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der CDU/CSU und SPD werde jedoch eine Teilprivatisierung vorgeschlagen, was man nicht unterstützen könne. Insgesamt werde sich die Fraktion DIE LINKE. beim Antrag der CDU/CSU und SPD enthalten. Die Forderung der Fraktion der FDP, bei Nichtkooperation die EZ zu streichen, sei inakzeptabel und knüpfe sehr an einen kolonialen Habitus an. Deshalb werde man diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumt ein, dass die Fraktionen CDU/CSU und SPD zum globalen Klimawandel, zum Klima-, Natur- und Umweltschutz einen guten Antrag vorgelegt hätten. Die Unterstützung von Entwicklungsgeldempfängerländern im Bereich Energieversorgung sei wichtig, zumal Tansania tatsächlich ein Elektrizitätsversorgungsproblem habe. Die Lösung dieser Frage in dieses große Naturschutzgebiet zu verlegen, das zudem einen relevanten Wirtschaftsfaktor darstelle, sei völlig falsch. Die Art und Weise, wie man mit Tansania trotzdem noch ins Gespräch kommen wolle, um Alternativen aufzuzeigen und Unterstützung anzubieten, auch finanziell, sei aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterstützen, und dementsprechend stimme man zu. Man wolle jedoch auf den Widerspruch hinweisen, dass man sich weltweit für EE einsetze und zu mehr Klima-, Natur- und Umweltschutz aufrufe, aber in Deutschland zu wenig dafür mache. Wenn man konsequent sei, und man beispielsweise die Klimaschutzziele von Paris anstreben und einhalten würde, dann wäre man im Ausland glaubwürdiger. Beim Antrag der Fraktion der FDP sei nachvollziehbar, dass man schnelle Lösungen brauche, damit Ergebnisse sichtbar würden. Gleichzeitig sei eine schnelle Lösung nicht immer die beste Lösung. Ein Gaskraftwerk lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab, denn auch erneuerbare Projekte könnte man schnell umsetzen, wenn der Wille vorhanden wäre. Die Streichung von EZ-Mitteln bei Nichteinhaltung halte man auch nicht für den richtigen Weg; stattdessen sollte man darüber nachdenken, ob man EZ-Mittel in andere Projekte umleiten könnte. Auch in Tansania gebe es durchaus Möglichkeiten, regierungsferne Aktivitäten zu unterstützen. Man werde daher den Antrag der Fraktion der FDP ablehnen.

Berlin, den 16. Januar 2019

Peter Stein (Rostock)
Berichterstatter

Gabi Weber
Berichterstatterin

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Eva-Maria Schreiber
Berichterstatterin

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.